

8. Die Systemtheorie der Politik und ihr Blick auf den sunnitischen politischen Islam

8.1 EIN MODELL DES WELTPOLITISCHEN SYSTEMS

Mit Hilfe der Einbeziehung der luhmannschen Gesellschaftstheorie der Politik konnten in drei strukturierten Fallstudien die langfristigen strukturellen und semantischen Wandlungsprozesse der AKP, der al-Qaida und der Muslimbruderschaft herausgearbeitet werden. In diesem Schlusskapitel werden diese Ergebnisse dazu verwendet, um die im Einleitungskapitel entwickelten Forschungsfragen zu beantworten. Dazu wird kurz ein anwendungsfähiges Theoriemodell entwickelt, das auf den umfangreichen Vorarbeiten beruht und diese kondensiert zusammenfasst. Auf diese Weise wird die implizite Einbeziehung der theoretischen Überlegungen in die Fallanalysen durch eine explizite Herausarbeitung signifikanter theoretischer Zusammenhänge des weltpolitischen Systems im Anschluss an die Überlegungen Niklas Luhmanns ergänzt. In den nachfolgenden drei Unterkapiteln kommt es dann zur Beantwortung je einer der eingangs formulierten Forschungsfragen, wobei neben dem Modell des weltpolitischen Systems auf weitere in den vorangegangenen Kapiteln erarbeitete Aspekte zurückgegriffen wird.

Im Sinne der weltgesellschaftlichen Ausrichtung des luhmannschen Theorieapparates lassen sich zunächst Eigendynamiken des weltpolitischen Systems identifizieren: Neben seiner allgemeinen Funktion ist das weltpolitische System durch seine segmentäre Zweiftdifferenzierung in territorial abgegrenzte Gebiete gekennzeichnet, die zu seiner Stabilisierung beitragen. Die global gültige Leitsemantik zur Kennzeichnung der Segmente des weltpolitischen Systems ist der moderne Nationalstaat und jedes Gebiet, das an weltpolitischer Kommunikation teilnehmen will, ist auf staatliche Organisation angewiesen. Dabei lassen sich

stetige Wechselspiele von struktureller Entwicklung des weltpolitischen Systems und der jeweils dominanten Legitimationssemantik von Staatlichkeit identifizieren. Das weltpolitische System hat sich infolgedessen seit der frühen Neuzeit von Europa ausgehend über komplexe historische Prozesse sukzessive ausgebildet. Die allgemeine Funktion des segmentär differenzierten weltpolitischen Systems liegt in der Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, die im Medium (legitimer) politischer Macht durchgesetzt werden. Desweiteren ermöglicht das weltpolitische System die Erzeugung einer „adressierbaren Kollektivität“ (Armin Nassehi), die der Herstellung und Bereitstellung gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit dient. Diese allgemeine Funktion wird innerhalb seiner Segmente über verschiedene Strukturierungsprinzipien kommunikativ operationalisiert. Das Zentrum des politischen Systems reguliert über die in der Verfassung (oder über funktionale Äquivalente) festgeschriebenen Verfahren und Programme die Zuordnung von politischer Kommunikation zu einem der beiden Codewerte, d.h. Regierung oder Opposition bzw. machtüberlegen oder machtunterlegen. In etablierten politischen Systemen findet dazu ein über politische Parteien organisierter Wettbewerb um den Zugang zum Zentrum statt. An diesem institutionalisierten Wettbewerb nehmen ebenfalls soziale Protestbewegungen aus der Peripherie des politischen Systems teil, indem diese über Themenzuspitzungen zu mobilisieren vermögen. Politische Systeme lassen sich daher über die Art der formell oder informell festgelegten Zugangswege zum politischen Zentrum, die jeweiligen Verfahren und Programme für deren Codezuordnung und die Durchlässigkeit des politischen Zentrums für die Forderungen der Peripherie voneinander unterscheiden. Für den Analysefokus dieser Untersuchung steht dabei die Unterscheidung zwischen demokratischen und autoritären politischen Systemen im Vordergrund.¹

Während in demokratischen politischen Systemen eine hohe Durchlässigkeit für Forderungen aus der Peripherie an das Zentrum herrscht und somit ein hoher Grad an politischer Inklusion gegeben ist, zeichnen sich autoritäre politische Systeme durch eine starke Exklusion von der Peripherie aus dem Zentrum aus. Das politische Zentrum versucht in diesem Falle selbst starken Einfluss auf die Peripherie auszuüben und sich dabei gleichzeitig von unkontrollierten Einflüssen aus der Peripherie abzuschotten. Aufgrund der voll durchgesetzten Trennung von Recht und Politik verfügen demokratische politische Systeme gleichsam über konstitutionell festgeschriebene Regelungen über den Zugang zu seinem Zentrum und über

1 Vgl. die vorangegangenen Darstellungen der Autokratie- und Demokratieforschung in Kapitel 3.9 dieser Studie.

eine durch das demokratische Verfahren der Wahl² festgelegte Zuordnung von politischer Kommunikation zum Codewert der Regierung oder der Opposition. In autoritären politischen Systemen verhindert entweder eine schwach ausgeprägte Differenzierung von Politik und Recht die unabhängige Durchsetzung von konstitutionell verankerten Prinzipien der politischen Wahl und des Zugangs zum politischen Zentrum. Oder es herrschen gar informelle Regelungen dieser beiden Aspekte, die durch das politische Zentrum notfalls gewaltsam durchgesetzt werden. An dieser Stelle lässt sich ein letzter gewichtiger Unterschied zwischen demokratischen und autoritären politischen Systemen verdeutlichen: Während in Demokratien die knappe Ressource der weitestgehend, aber nicht ausschließlich politisch monopolisierten gesellschaftlichen Macht zur Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen kaum die Anwendung von physischer Gewalt benötigt – und wenn doch, wird physische Gewalt stark institutionalisiert und verrechtlicht angewendet – müssen Autokratien aufgrund einer deutlich geringeren verfahrensbasierenden Legitimation sehr viel häufiger physische Gewalt anwenden.³ Das weltpolitische System verfügt demnach neben Eigendynamiken über verschieden ausgeprägte Strukturen der Erzeugung kollektiv verbindlicher Entscheidungen innerhalb territorial begrenzter Gebiete. Sowohl demokratische als auch autoritäre Strukturen verfügen dabei über eine spezifische Eigenrationalität ihrer Operationsweise. Semantiken sind schließlich dazu in der Lage, über die bestehenden Verbindungen von politischem Zentrum und Peripherie in den politischen Prozess eingeschrieben zu werden und sukzessive unterschiedlich gelagerte Strukturveränderungen auszulösen. Dabei stehen selbst autoritäre politische Systeme vor der Herausforderung, sich semantisch zu legitimieren bzw. sie müssen ihre oftmals ‚nackte‘ Gewaltanwendung zur Ausübung politischer Macht semantisch verdecken, da sie sich kaum auf allgemein akzeptierte und rechtlich institutionalisierte Verfahren berufen können.

8.2 WIE WANDLUNGSFÄHIG IST DER SUNNITISCHE POLITISCHE ISLAM?

Wie im ersten Kapitel dieser Untersuchung herausgearbeitet worden ist, liegt der aktuelle politikwissenschaftliche Forschungsschwerpunkt zum sunnitischen Islamismus auf der Analyse, der Einschätzung und der Erklärung der Auswirkun-

2 Vgl. die Überlegungen von N. Luhmann: Legitimation durch Verfahren, S. 27-53 und S. 137-200.

3 Vgl. die sehr anregenden Ausführungen von Ders.: Macht im System, S. 133-151.

gen der längerfristigen, politischen Einbindung islamistischer Bewegungen auf ihre jeweilige Organisationsstruktur und Ideologie. Damit reagiert die politikwissenschaftliche Forschung auf die seit den 1980er Jahren steigende politische Partizipation islamistischer Bewegungen in der MENA-Region.⁴ Dabei haben die politischen Umbrüche des ‚Arabischen Frühlings‘ die verschiedenen Aspekte dieses Trends auf besondere Weise verdeutlicht. Dazu gehört auf der einen Seite die Ausbildung von Parteiablegern durch islamistische Bewegungen. Auf der anderen Seite zählen dazu die Pertinenz gewaltbereiter dschihadistischer Gruppierungen und die Beharrungskräfte der autokratischen Strukturen der Region. Dies gilt vor allem für Ägypten, wo nach einem kurzen Interludium der Präsidentschaft Mohammed Mursis das Militär wieder das politische Zentrum des Landes dominiert und gegen zu großen politischen Einfluss durch die Peripherie, also beispielweise soziale Bewegungen unterschiedlichster Art (von säkular-liberalen Jugendgruppen bis hin zu den vielen salafistischen Gruppierungen), abschirmt.

Folgender bereits in Kapitel 1.5 aufgestellter Fragenkomplex wird zur Bearbeitung dieser Geschehnisse in diesem Unterkapitel beantwortet:

Forschungsfrage 1: Hat bei den untersuchten islamistischen Bewegungen eine Moderation ihrer semantischen Positionen stattgefunden und kam es zu einer organisatorischen Transformation in dem Sinne, dass diese Bewegungen ihre gewaltbereiten Flügel abgelegt bzw. sie sich als Parteien einem nicht-islamistischen Publikum (als Mitglieder und als Wähler) geöffnet haben? Lässt sich bezüglich dieser Entwicklung islamistischer Bewegungen ein Trend identifizieren?⁵ Hat die politische Performanz von islamistischen Bewegungen einen demokratisierenden oder reformierenden Einfluss auf das jeweilige politische System?

Eine Einschätzung der Variationen der Semantiken und der Entwicklungen der Strukturen der AKP, der al-Qaida und der Muslimbruderschaft lässt sich aufgrund der umfangreichen Vorarbeiten in den Fallstudien leicht vornehmen und wird für eine bessere Übersichtlichkeit auf der nächsten Seite tabellarisch dargestellt.

4 Einen umfangreichen Überblick zum gegenwärtigen Forschungsstand bieten Kapitel 1 und 8 von C. Rosefsky Wickham: *The Muslim Brotherhood*.

5 Dieser Aspekt wird am Ende dieser Studie in Kapitel 8.5 beleuchtet.

Tabelle 2: Moderation und Transformation dreier islamistischer Bewegungen (eigene Darstellung).

Islamistische Bewegung	Organisatorischer Wandel	Verbliebene Schwächen	Semantische(r) Moderation/Wandel	Verbliebene Schwächen
<i>AKP</i>	Entwicklung einer modernen und professionellen Massenpartei.	Dominante und einflussreiche Parteispitze. Es bestehen regelmäßige Korruptionsvorwürfe.	Grenzt sich vom islamistischen Ursprungsmilieu durch einen Europäisierungskurs und den <i>islamischen Konservatismus</i> ab. Hat sich als breit akzeptierte Partei der konservativen Mitte durchgesetzt.	Es kommt regelmäßig zu Vorwürfen einer rein instrumentellen Europäisierungs- und Liberalisierungspolitik zum Ausbau der eigenen Machtposition.
<i>al-Qaida</i>	Keine empirischen Anzeichen eines grundlegenden Wandels oder eines Gewaltverzichts.	Entfällt.	Keine empirischen Anzeichen einer Moderation oder eines Wandels ihrer Semantik.	Entfällt.
<i>Muslimbruderschaft</i>	Seit den 1980er Jahren steigende politische Partizipation und ab den 1990er Jahren Gewaltverzicht. 2011-2013: Aufbau einer politischen Partei.	Strikte hierarchische Organisationsstruktur mit strengen Mitgliedschaftsregeln (Geheimbund). <u>Problem:</u> Erneuter kompletter Ausschluss aus dem politischen System Ägyptens ab dem Sommer 2013.	Umfangreiche semantische Auseinandersetzung mit der Partizipation an der ägyptischen Politik. Entwicklung zahlreicher politischer Grundsatz- und Wahlprogramme sowie Durchsetzung einer Verfassung.	Die starke Stellung und doppeldeutige Definition der Scharia in der Verfassung von 2013. <u>Problem:</u> Erneuter kompletter Ausschluss aus dem politischen System Ägyptens ab dem Sommer 2013.

Während die AKP demnach den Wandel zu einer modernen islamistischen Mitgliederpartei vollzogen hat, wurde eine vergleichbare Transformation der Muslimbruderschaft im Sommer 2013 infolge ihres Sturzes durch die ägyptische Militärführung unterbrochen. Die al-Qaida hingegen hat weder ihre militante und anti-westliche Ideologie aufgegeben, noch lassen sich in irgendeiner Form De-Radikalisierungstendenzen oder die Ausbildung einer parteiähnlichen Organisationsstruktur identifizieren.

Eine Einschätzung der politischen Performanz der untersuchten Bewegungen findet auf der Basis des erarbeiteten Modells eines weltpolitischen Systems statt. Es kommt daher zu einer Einschätzung folgender Aspekte:

- Zugang zum politischen Zentrum.
- Inklusion der Peripherie.
- Legitimation der staatlichen Politik.
- Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Entscheidungen.
- Eigendynamik demokratischer Strukturen.
- Eigendynamik autoritärer Strukturen.

Die Einschätzung dieser Aspekte wird für die Muslimbruderschaft und die AKP wiederum tabellarisch vorgenommen. Da die Analyse der al-Qaida jedoch keinerlei Anzeichen einer friedlichen Teilnahme an politischen Institutionen ergeben hat, wird ihre politische Performanz im Anschluss an die Analyse der Muslimbruderschaft und der AKP gesondert betrachtet.

Tabelle 3: Die Muslimbruderschaft im politischen System Ägyptens (eigene Darstellung).

Zugang zum politischen Zentrum	Inklusion der Peripherie	Legitimation der staatlichen Politik	Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Entscheidungen
Die Muslimbruderschaft konnte kurzzeitig das politische Zentrum übernehmen, wurde jedoch durch das ägyptische Militär gestürzt und verboten.	Während der kurzen Regierungszeit der Muslimbruderschaft durch ihren Parteiableger Freiheits- und Gerechtigkeitspartei wurden die nicht-islamistischen und nicht-salafistischen	Die Muslimbruderschaft versuchte Legitimation durch deutliche religiöse Bezüge und den Verweis auf die besondere Stellung Ägyptens innerhalb der Zivilisation des	Während der Hochphase der Auseinandersetzung um die neue ägyptische Verfassung Ende 2012 kam es zur Gewaltanwendung von Anhängern der

Der Zugang zum politischen System in Ägypten ist wieder sehr stark eingeschränkt und wird vom Militär strengstens kontrolliert.	Protestbewegungen und Parteien nahezu komplett aus dem politischen Transformationsprozess ausgeschlossen.	Islam zu generieren.	Muslimbruderschaft gegen politische Gegner. ⁶
---	---	----------------------	--

Tabelle 3: Die Muslimbruderschaft im politischen System Ägyptens (Fortsetzung).

Eigendynamik demokratischer Strukturen	Eigendynamik autoritärer Strukturen	Beantwortung der Forschungsfrage 1
Selbst während des Transformationsprozesses 2011-2013 waren die demokratischen Verfahren schwach entwickelt und verfügten nur über eine begrenzte Legitimation und Akzeptanz.	Zur Durchsetzung seines favorisierten Verfassungsentwurfes stattete sich der kurzzeitige Präsident Mursi mit starken exekutiven Vollmachten aus.	Die Muslimbruderschaft vollzog ab den 1980er Jahren einen umfangreichen ideologischen Wandel hin zur politischen Partizipation.
	Der Zugang zum politischen System in Ägypten ist wieder sehr stark eingeschränkt und wird vom Militär strengstens kontrolliert.	Nach dem Sturz Mubarak kam es jedoch nicht zu einer tragfähigen organisatorischen Öffnung für die übrigen politischen Gruppierungen Ägyptens.

Die Muslimbruderschaft als Ursprung des sunnitischen politischen Islam war sowohl organisatorisch, als auch semantisch auf einem sehr wichtigen Weg, bevor dieser durch das ägyptische Militär abrupt beendet wurde. Eine längerfristige, politische Einbindung hätte ihre Ideologie dem Lackmustest einer parlamentarischen Bewährung ausgesetzt und ihre Organisationsstruktur möglicherweise dazu gezwungen, über den ersten Öffnungsschritt der Ausbildung der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei hinauszugehen. Mittelfristig hätten dadurch ihre rigorosen, geheimbündlerischen Mitgliedschaftsregeln abgeschwächt werden können.

⁶ Vgl. exemplarisch M. Sailer: „Muslimbrüder greifen zu Gewalt“.

Aufgrund ihrer enormen Bedeutung für das vielfältige Spektrum des sunnitischen politischen Islam hätten diese Entwicklungen einen möglicherweise positiven Ausstrahlungseffekt haben können. Dennoch bleibt zu wiederholen, dass es während der kurzen Transitionsphase von 2011-2013 Anzeichen dafür gab, dass der Muslimbruderschaft weniger an einer dauerhaften Demokratisierung des Landes und mehr an dem eigenen Machterwerb gelegen war. Ob sich der staatlich verordnete Modernisierungskurs des Militärs al-Sisi⁷ als dauerhaft tragfähig erweisen wird und ob die Muslimbruderschaft aufgrund der ungemein starken staatlichen Repressionen wieder in die Radikalisierungsmuster der 1960er Jahre unter der Präsidentschaft Nassers zurückfallen wird, kann hingegen derzeit nur die zukünftige Entwicklung zeigen.

Tabelle 4: Die AKP im politischen System der Türkei (eigene Darstellung).

Zugang zum politischen Zentrum	Inklusion der Peripherie	Legitimation der staatlichen Politik	Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Entscheidungen
Die AKP konnte die Beschränkungen des Zugangs zum politischen Zentrum durch Militär und Justiz aufheben und kontrolliert es derzeit ihrerseits durch ihre elektoralen Erfolge und die starke Stellung der Exekutive.	Die AKP schaffte es von der Peripherie des politischen Systems aus, das politische Zentrum zu übernehmen. Demokratisierung und Stärkung der Menschenrechte inkludieren mehr politische Minderheiten als zuvor. Die AKP kontrolliert den Einfluss der Peripherie auf das politische Zentrum jedoch sehr stark.	Die AKP legitimiert ihren dominanten Politikstil mit der Fortführung der EU-Beitrittspolitik, einer konservativen Politik in den Bereichen Bildung, Familie und Gesundheit sowie einer weiteren wirtschaftlichen Modernisierung der Türkei.	Die AKP setzt die türkische Polizei rigoros ein, um Demonstrationen zu kontrollieren und möglichst von Beginn an einzudämmen. Die Reformen zur Senkung von exzessiver Polizeigewalt stehen still.⁸

7 Vgl. S.A. Cook: „The Banality of Abdel Fattah al-Sisi“ und A. Ranko: Die Muslimbruderschaft, S. 156-162.

8 Vgl. den kurzen Jahresbericht zur Türkei durch die Organisation Human Rights Watch zugänglich unter <http://www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/turkey?page=1> (letzter Zugriff am 07.02.2015) und B. Liedtke: „Die türkische Polizei (Polis)“.

Tabelle 4: Die AKP im politischen System der Türkei (Fortsetzung).

Eigendynamik demokratischer Strukturen	Eigendynamik autoritärer Strukturen	Beantwortung der Forschungsfrage 1
Ende des Systems der ‚militärischen Bevormundung‘.	Offen bleibt, wie sich die Eingriffe der AKP-Regierung in die Justiz, ihre Kontrolle von Journalismus und Medien sowie die starke Stellung der türkischen Sicherheitsdienste auswirken werden.	Die AKP hat einen umfangreichen Wandel des islamistischen Spektrums der Türkei vollzogen. Auf diese Weise wurde die politische Kontrolle durch die ‚alten‘ kemalistischen Staatseliten komplett durchbrochen.
Stärkung des Parlaments und der zivilen Parteien.		
Stärkung der Position politischer Minderheiten.	Auch stocken die Anpassungen der türkischen Rechtsprechung an die EU-Rechtsstandards. ⁹	In Anbetracht ihrer dominanten elektoralen Stellung, ihres krasen Majoritätsverständnisses und der starken Stellung der Exekutive bleibt es jedoch unsicher, ob die AKP politischen Pluralismus zulassen wird.

Das politische System der Türkei war über viele Jahrzehnte durch die Skepsis der militärischen und judikativen Staatseliten gegenüber der (islamistischen) Parteipolitik gekennzeichnet. Getragen von ihren elektoralen Erfolgen, ihrem straff organisierten und höchst effektiven Parteiapparat und dem unbändigen Willen ihres Führungspersonals, die Kontrolle der kemalistischen Staatseliten zu durchbrechen, konnte die AKP das politische Zentrum der Türkei komplett für sich gewinnen. Im Lichte der jüngsten Präsidentschafts Erdogans¹⁰ scheinen folgende Zweifel am politischen Kurs der AKP jedoch mehr als berechtigt:

„A more democratic and participatory organizational design would have made the party more representative of and more responsive to social demands. The JDP [engl. Akronym für AKP, T.H.] crystallized into a leader party. In this sense it replicated the chronic problem of mainstream Turkish political parties.“¹¹

9 Vgl. E. Özbudun/T. Füsün: „Impact of the ECtHR Rulings on Turkey’s Democratization: An Evaluation“.

10 Vgl. M. Cinar/C. Sayin: „Reproducing the Paradigm of Democracy in Turkey“.

11 G.M. Tezcür: „The Moderation Theory Revisited, S. 83.

Angesichts der in der Fallstudie zur AKP erörterten Tiefenstruktur des politischen Systems der Türkei lassen sich weitere Zweifel an der langfristigen Fähigkeit der AKP, den Europäisierungs- und Transformationsprozess der türkischen Demokratie weiter voranzutreiben, artikulieren: Erstens zeigt die Rhetorik des Führungspersonals der AKP die weiterhin bestehenden Schwächen bezüglich der politischen Kultur auf, die von einem mangelnden Respekt für die politische Opposition geprägt sind. Diese Mängel werden zweitens durch die Präsidentschaft Erdogans kaum behoben werden, sondern die dominante Stellung der AKP nur weiter ausbauen. Auf diese Weise mehren sich die Anzeichen dafür, dass sie den eingeschlagenen Demokratisierungs- und Europäisierungskurs vor allem zur Durchsetzung der eigenen politischen Position nutzte und immer weniger Interesse daran besitzt, die neu gewonnenen Einflussmöglichkeiten der zivilen Politik den übrigen Parteien und Oppositionsbewegungen zukommen zu lassen. Damit wäre es drittens weniger zu einem Abbau des sogenannten *deep state* von Militär und Judikative gekommen, sondern vielmehr zu einer Übernahme des starken und zentralisierten Staatsapparates der Türkei durch die AKP selbst.¹²

Einen Sonderfall dieser Analyse bildet letztlich die umfangreich untersuchte al-Qaida. Weder auf semantischer noch auf struktureller Ebene lassen sich Anzeichen einer Moderation ihrer ideologischen Position oder einer Abschwächung ihrer dschihadistisch-militanten Operationsweise erkennen. Die identifizierte Schwächung der al-Qaida-Zentrale, ihr Verlust einer globalen Leitsemantik und die neue strukturelle und semantische Eigendynamik ihrer regionalen Ableger sowie zahlreicher affilierter Gruppierungen machen jedoch einen anderen Aspekt ihres Einflusses auf das moderne weltpolitische Systems deutlich: Das ist die Fähigkeit, sich aufgrund ihrer mittlerweile jahrzehntelangen Kampferfahrungen und ihrer dschihadistischen Ideologie in herrschende Gewaltkonflikte in der MENA-Region einzunisten. Dazu gehört weiterhin die Kapazität, über einen äußerst selektiven Rückgriff auf den sunnitischen Islam eine enorm motivierende und mobilisierende, politische Identität aufzubauen. Bricht die politische bzw. staatliche Monopolisierung gesellschaftlicher Gewalt im Zuge von (Bürger-) Kriegen zusammen und verringert sich die Differenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche, vermögen es die al-Qaida und affilierte Gruppierungen nicht nur, politische Entscheidungen qua rücksichtsloser Gewaltanwendung durchzusetzen, sondern auch durch ihre gewaltverherrlichende, dschihadistische Ideologie ein gewisses Maß an Legitimation zu generieren. Diese Fähigkeiten jener Kampfverbände haben selbst in Anbetracht der enormen sicherheitspolitischen Gegen-

12 Vgl. E. Axiarlis: Political Islam and the Secular State in Turkey, S. 251-267.

maßnahmen durch die westlichen Staaten und ihre militärischen und polizeilichen Organisationen nicht an Dynamik verloren. Sie gewinnen sogar noch an Kraft, je stärker die unregulierte Gewaltanwendung in einigen Gebieten der MENA-Region zunimmt. Trotz der Unterschiede in den aufgezeigten semantischen Variationen und strukturellen Entwicklungen der AKP, der al-Qaida und der Muslimbruderschaft lässt sich ein fallübergreifendes Fazit bezüglich der weltpolitischen Implikationen ihrer Performanz formulieren. Für die AKP und die Muslimbruderschaft gilt zu einem großen Teil diese jüngere Einschätzung:

„It seems that while behavioral moderation (joining the democratic game and accepting the power-sharing rules) is a step towards consolidating procedural democracy, it is ideological moderation that determines whether religious parties accumulate democratic capital towards promoting liberal democracy. The former is a necessary but insufficient condition for a religious party to become democratic.“¹³

Beiden Gruppierungen wurden verbliebene Schwächen innerhalb ihrer semantischen Entwicklung nachgewiesen. Insofern bleibt es trotz ihrer generellen Bereitschaft an politischen Institutionen teilzunehmen offen, ob dadurch langfristig eine politische Kultur und ein politisches Institutionenarrangement ähnlich der westlichen Verfassungs- und Demokratietradition entstehen werden. Sehr viel schwerwiegender für die politische Entwicklung der MENA-Region ist jedoch eine Folgeerscheinung der in allen Bewegungen des sunnitischen politischen Islam vorzufindenden Betonung einer islamischen Identität. Durch diese wird die angesprochene konfessionelle Spaltung der Region in sunnitisch oder schiitisch dominierte Gebiete samt resultierenden Konfliktlinien weiter vorangetrieben.¹⁴ Dieser grundlegende politisch-religiöse Identitätskonflikt ist der Ausbildung und Weiterentwicklung demokratischer Institutionen und einer demokratischen politischen Kultur höchst abträglich und stellt die generell schwach institutionalisierte Konfliktlösungsfähigkeit der MENA-Region vor weitere Schwierigkeiten.¹⁵ Die geopolitische Einbettung der Region wird darüber hinausgehend womöglich zu weltpolitisch spürbaren Konsequenzen dieser Tendenz führen.

13 M. Bocker/M. Künkler: „Religious Parties“, S. 178.

14 Vgl. eine aktuelle Einschätzung von J. Guzansky/B. Beti: „Is the New Middle East Stuck in Its Sectarian Past?“.

15 Vgl. die grundlegenden Analysen von D. Philpott: „The Challenge of September 11 to Secularism in International Relations“ und B. Tibi: Konfliktregion Naher Osten.

8.3 EINE NEUBESTIMMUNG DER UNTERSCHIEDUNG VON ISLAM UND POLITISCHEM ISLAM

Zur Erinnerung wird die für dieses Unterkapitel ausschlaggebende Forschungsfrage wiederholt.

Forschungsfrage 2: Lassen sich eine analytische und empirische Trennung von Islam und politischem Islam begründen und identifizieren? Welche Verbindungslinien bestehen zwischen der Religion und Zivilisation des Islam und den Bewegungen bzw. der Ideologie des politischen Islam?

Zur Beantwortung dieses Fragenkomplexes ist es angebracht, die historische Genese des politischen Islam wiederholt mit Hilfe der Einbeziehung seiner zu Tage geförderten semantischen Variationen und Strukturentwicklungen zu erörtern. Entsprechende Ausgangspunkte bilden die an verschiedenen Stellen angeführten politischen, rechtlichen und religiösen Umbrüche des Osmanischen Reiches im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die schließlich zu seiner Auflösung geführt haben. Dieser Transformationsprozess *Vom Gottesreich zum Nationalstaat*¹⁶ beinhaltete zwei umfangreiche Strukturveränderungen: Erstens bildeten sich ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts arabische und türkische nationalistische Bewegungen, die den Zerfall des multiethnischen Osmanischen Reiches beschleunigten. Zweitens verloren die islamischen Ulama durch den einsetzenden, jedoch anders als in Europa verlaufenden Säkularisierungsprozess sukzessive ihre privilegierte Stellung in der starkem Veränderungsdruck ausgesetzten feudalen Ordnung des Reiches.¹⁷ Hauptsächlich implementiert durch Militärcoups und legitimiert durch den Widerstand gegen den politischen Einfluss der alten Kolonialmächte England und Frankreich sowie den Kampf gegen den Staat Israel, konnte der panarabische Nationalismus als säkulare Staatsideologie bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts die politische und rechtliche Strukturentwicklung der MENA-Region tragen.¹⁸ Die Niederlage der arabischen Staaten gegen Israel im 6-Tage Krieg von 1967 stellte jedoch mehr als ‚nur‘ den Verlust der politischen Legitimation des Panarabismus dar. Zusätzlich wurden seitdem die politisch-institutionellen sowie ökonomischen Strukturschwächen dieser Region

16 Vgl. B. Tibi: Vom Gottesreich zum Nationalstaat.

17 Vgl. N.R. Keddie: Scholars, Saints, and Sufis; B. Tibi: „Islam and Secularization“ und Ders.: Kreuzzug und Dihad.

18 Vgl. B. Tibi: Militär und Sozialismus in der Dritten Welt.

immer deutlicher sichtbar.¹⁹ Die Zusammenführung dieser Stränge – der rapide Zusammenbruch der feudalen und religiös legitimierten Ordnung des Osmanischen Reiches und die oberflächliche Säkularisierung der MENA-Region durch westlich ausgerichtete Eliten sowie der enorme Legitimationsverlust ihrer Entwicklungsideologie ab 1967 – macht deutlich, inwiefern die Entstehung des politischen Islam sowohl eine Krisenreaktion als auch eine genuin moderne Erscheinung darstellt. Hasan al-Banna und die frühe Muslimbruderschaft verkörpern diese Aspekte par excellence. Ausgebildet in den modernisierten, jedoch immer noch in der religiösen Tradition verhafteten Schulen Ägyptens und mit direktem Kontakt zur Verwestlichung durch den britischen Einfluss, gründete al-Banna eine moderne und straff organisierte Massenbewegung zur Wiederbelebung der Religion des Islam. Noch in den 1960er Jahren vermochte es der „arabische Bismarck“²⁰ Nasser, die Muslimbruderschaft politisch komplett auszuschalten. Die Krise und der anschließende Untergang der Staatsideologie des panarabischen Nationalismus nach 1967 und die anhaltenden politischen und ökonomischen Strukturschwächen der Region ebneten schließlich den Weg für die transnationale Ausbreitung des politischen Islam und seines Ziels: der Einführung eines islamischen Staatswesens.

Für die Beantwortung der Forschungsfrage bedeutet dies, dass der politische Islam keinesfalls mit der Religion und Zivilisation des Islam gleichzusetzen ist. Anhänger des politischen Islam sehen sich sicher als gläubige Muslime und diesem Faktum soll auch in keiner Weise widersprochen werden. Die Trennung zwischen Islam und Islamismus wird demnach nicht über individuelle Glaubensauffassungen oder individuelle bzw. kollektive Glaubenszuschreibungen, sondern entlang semantischer und struktureller Merkmale vollzogen. Die einzelnen Fallstudien dieser Arbeit und die weiterführenden Analysen ihrer Ergebnisse haben eine große Menge an semantischen und strukturellen Merkmalen des modernen sunnitischen Islamismus zusammengetragen. Er stellt somit ein von der Religion des Islam unterscheidbares soziales Phänomen dar und ist nicht mit ihr gleichzusetzen. Es ist daher adäquat, den Islamismus als ein spezifisches Element der islamischen Religion und Zivilisation der Gegenwart unter den Bedingungen des weltgesellschaftlichen Primats funktionaler Differenzierung anzusehen. Denn das weltgesellschaftliche Primat funktionaler Differenzierung bedeutet nicht, dass dieses in allen Weltregionen identisch durchgesetzt worden ist – wenn auch gleichzeitig konstatiert werden muss, dass die theoretischen Aussa-

19 Vgl. dazu die Studie von A. Richards/J. Waterbury: *A Political Economy of the Middle East*.

20 B. Tibi: *Der wahre Imam*, S. 257.

gen Luhmanns nahezu ausschließlich durch die europäischen Erfahrungen bei der Ausbildung der modernen Weltgesellschaft geprägt worden sind. Auf der einen Seite reaktiviert der politische Islam das im Zuge der Nationalstaatsbildung der MENA-Region verlorengegangene Kollektiv einer transnationalen Umma²¹ und versucht auf diese Weise eine neuartige „adressierbare Kollektivität“ (Armin Nassehi) zu erzeugen, welche die Grenzen der bestehenden Staaten und ihre politische Legitimität abstreitet. Auf der anderen Seite streiten die Proponenten des politischen Islam mit anderen Gruppierungen um die Deutungshoheit über den Islam. Sie zielen dabei jedoch nicht auf die Pflege und die Reform der tradierten Elemente der sunnitischen Glaubensauslegung, wie es Aufgabe der Ulama²² ist, ab, sondern instrumentalisieren spezifische Elemente der Religions- und Zivilisationsgeschichte des Islam zur Erreichung politischer Zwecke. Auch streben Islamisten keine religiösen Reformen in dem Sinne an, dass der inhärente Absolutheitsanspruch der Religion des Islam, der seine Politisierung erleichtert²³, abgebaut würde, was gegebenenfalls eine Abschwächung von *Islam's Predicament with Modernity*²⁴ ermöglichen könnte. Diese Anstrengungen werden von Reform-Muslimen unternommen²⁵, die ein gänzlich anderes und positiveres Verständnis vom Verhältnis des Islam zur modernen, funktional differenzierten Weltgesellschaft besitzen:

„The realization that Islam, properly understood, is *not* a system of social and political regulation frees up space for cultures and nations – in the modern sense of those words – to lay the foundations of collective identity. This opens the way, in turn, to the acceptance of convergence with other religious traditions and universalistic moralities, beyond political and cultural boundaries and in more than formal terms.“²⁶

In vielen semantischen Beständen islamistischer Bewegungen werden dagegen weder die Trennung von Religion und Politik noch die Ausbildung eines positiven, also säkularisierten Rechts befürwortet, so dass diese Bereiche der modernen Weltgesellschaft in vielen Gebieten der MENA-Region weiterhin weniger

21 Vgl. ebd., Kapitel 7-9 und 12.

22 Vgl. M. Zaman: *The Ulema in Contemporary Islam*.

23 Vgl. B. Tibi: „Ist der Islam eine politische Religion?“, S. 110.

24 Vgl. B. Tibi: *Islam's Predicament with Modernity*, vor allem Kapitel 6 und 7 über religiöse Reformen.

25 Vgl. dazu den programmatischen Aufsatz von A. Filali-Ansary: „The Sources of Enlightened Muslim Thought“.

26 Ebd., S. 249.

stark ausdifferenziert bleiben, als dies in vielen übrigen Weltregionen der Fall ist. Neben den zahlreichen semantischen Traditionen der einzelnen islamistischen Bewegungen, von denen einige in dieser Studie beleuchtet wurden, haben sich ebenfalls unterschiedliche Stränge in der Strukturentwicklung dieser Bewegungen ergeben. Je nach Grad der Offenheit und Stabilität der politischen Institutionen und Verfahren des jeweilig von einer islamistischen Bewegung adressierten politischen Systems, hat sich ein strukturelles Spektrum entwickelt, das von modernen Mitgliederparteien (AKP), über rigide Mitgliedschaftsregeln regulierte Massenorganisationen (Muslimbruderschaft) bis hin zu netzwerkartigen Strukturen (al-Qaida) reicht. Diese semantischen und strukturellen Merkmale machen islamistische Bewegungen eindeutig identifizierbar und unterscheidbar von anderen Gruppierungen, die sich ebenfalls über ihre glaubensbasierte Zugehörigkeit zum Islam identifizieren. Diese Merkmale machen schlussendlich den Kern der Unterscheidung von Islam und Islamismus aus, lassen aber gleichzeitig auch eine Kennzeichnung ihrer wechselseitigen Verbindungslinien zu.

8.4 ZUM BEGRIFF DES SUNNITISCHEN POLITISCHEN ISLAM

Zur Erinnerung wird die für dieses Unterkapitel ausschlaggebende Forschungsfrage wiederholt.

Forschungsfrage 3: Ist es im Anschluss an eine theoretisch gestützte Analyse der herangezogenen islamistischen Bewegungen weiterhin überzeugend, von einem zusammenhängenden Phänomen des politischen Islam zu sprechen, welches über eine allgemein definierte Terminologie erfasst werden kann? Welche Spezifikationen müssen auf der Basis einer differenz- und beobachtungstheoretisch angelegten Gesellschaftstheorie der Politik in der begrifflichen Fassung islamistischer Bewegungen vorgenommen werden?

Die Ergebnisse der einzelnen Fallstudien und die Analyse der politischen Performanz der AKP, der al-Qaida und der Muslimbruderschaft bieten genügend Belege dafür, das vielschichtige Spektrum des sunnitischen politischen Islam weiterhin als ein zusammenhängendes Phänomen aufzufassen. Trotz der identifizierten Veränderungen in der Semantik der drei Bewegungen und den Transformationen ihrer Strukturen, zeigen sich für jede der Bewegungen eine ausreichend starke Kontinuität dieser Aspekte und auch weiterhin gültige Rückbesinnungen der Bewegungen selbst auf die eigene Vergangenheit. Dies galt bis zu ih-

rer Ausschaltung durch die ägyptische Militärführung besonders für die Muslimbruderschaft. Zusätzlich – und dieser Punkt ist in der umfangreichen Forschungsliteratur und im Rahmen dieser Arbeit selbst nur wenig berücksichtigt worden – gibt es signifikante transnationale Zusammenhänge zwischen den einzelnen Bewegungen des politischen Islam bezüglich der Genese, Verbreitung und Weiterentwicklung ihrer Semantiken.²⁷ Gerade für die weiterführende Forschung bieten diese wenig beleuchteten Zusammenhänge ein umfangreiches Reservoir für die tiefergehende Beleuchtung des politischen Islam. Letztlich können besonders die Analysen des Moderations- und Transformationspotentials der islamistischen Bewegungen von der Entwicklung einer komplexen Definition eines als zusammenhängend aufgefassten Phänomens des politischen Islam profitieren²⁸, weshalb empirische Forschung und begriffliche Arbeit weiterhin stark aufeinander angewiesen bleiben.

Dennoch sollte bis zum jetzigen Stand dieser Arbeit ebenfalls deutlich geworden sein, dass die begriffliche Fassung islamistischer Bewegungen höchst umstritten ist und aufgrund ihrer dynamischen Entwicklung und Vielfalt zusätzlich medialen, politischen und wissenschaftlichen Konjunkturen unterliegt. Verbindet man die Vielfalt islamistischer Bewegungen mit den jüngeren Verschiebungen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Islam – von der Analyse dschihadistischer Aktivitäten hin zur Frage nach dem Demokratisierungs- und Reformpotential – ergeben sich drei grundlegende Anforderungen, die von einer empirisch gesättigten Definition des sunnitischen politischen Islam erfüllt werden müssen:

- Die Bestimmung des Begriffs des politischen Islam muss reichhaltig und differenziert genug sein, um ihn von der Religion des Islam unterscheiden zu können.
- Der Begriff des politischen Islam sollte zwischen militant-gewaltbereiten und institutionell-agierenden Spielarten unterscheiden können.²⁹

27 Vgl. N. DeLong-Bas: Wahhabi Islam; S.T. Hunter: The Politics of Islamic Revivalism und E. Karagiannis: „Transnational Islamist Networks“.

28 Vgl. den sehr differenzierten Definitionsansatz von C. Schuck: „A Conceptual Framework of Sunni Islamism“.

29 Vgl. Die Argumentationen bei D.L. Phillips: From Bullets to Ballots; M.A.M. Salih: Interpreting Islamic Political Parties; L. Vidino: „Islamism and the West“; B. Tibi: Violence and Religious Fundamentalism in Political Islam; das Sonderheft der Fachzeitschrift Journal of Democracy „Islamist Parties and Democracy“ und R.S. Leiken/S. Brooke: „The Moderate Muslim Brotherhood“.

- Der Begriff sollte dennoch so allgemein definiert werden, dass er auf möglichst viele Gebiete mit einem signifikanten muslimischen Bevölkerungsanteil und damit in verschiedensten politischen, rechtlichen, sozialen sowie ökonomischen Kontexten anwendbar ist.

Daher beruht die erste Komponente einer Definition des sunnitischen politischen Islam auf der Unterscheidung der Religion und der Zivilisation des Islam³⁰ von den einzelnen Spielarten des sunnitischen Islamismus.³¹ Während der Begriff des Islam in Folge dieser Ausgangsunterscheidung für die historischen, kulturellen, religiösen und theologischen Elemente einer vielschichtigen und differenzierten monotheistischen Weltreligion steht, bezeichnet der Begriff des Islamismus einzelne Bewegungen, die selektiv auf spezifische Aspekte dieser Elemente des Islam zurückgreifen, um nicht-religiöse Gesellschaftsbereiche nach diesen auszugestalten. Dies kann sich auf rechtliche Regulierungen (vgl. die Implementierung des Scharia Rechts³²), auf wirtschaftliche Bereiche (vgl. Islamisches Bank- und Finanzwesen³³), politische Aspekte (z.B. die bereits erwähnte Errichtung einer Scharia-Ordnung) und kulturelle Dimensionen (u.a. islamische Kleidungsvorschriften³⁴) beziehen. Der Vorteil dieser definitorischen Vorgehensweise liegt darin, dass:

„Islamism in this inclusive sense allows for differentiation and precision to fit diverse circumstances, while avoiding the word Islam and thus not getting trapped in one interpretation of what the religion itself really and truly means.“³⁵

Der Unterscheidung von Islam und Islamismus folgend bezeichnet der Begriff des politischen Islam *zunächst* diejenigen Bewegungen, die primär politische Elemente der Zivilisations- und Religionsgeschichte des Islam instrumentalisieren bzw. primär auf politische Bereiche Einfluss nehmen wollen. Diese Instrumentalisierung der politischen Dimensionen der sunnitisch-islamischen Zivilisationsgeschichte und der politischen Bereiche der sunnitischen Theologie³⁶ und

30 Vgl. M.G.S. Hodgson: The Venture of Islam.

31 Vgl. D.K. Emmerson: „Inclusive Islamism“, S. 30-32.

32 Vgl. B. Tibi: „The Return of the Sacred to Politics“ und P. Marshall: Radical Islam's Rule.

33 Vgl. A. Salahuddin: Islamic Banking, Finance and Insurance.

34 Vgl. R.D. Marcott: „Identity, Power, and the Islamist Discourse on Women“.

35 D.K. Emmerson: „Inclusive Islamism“, S. 31.

36 Vgl. L. Berger: Islamische Theologie.

Fiqh-Jurisprudenz³⁷ vollzieht sich in der Gegenwart vor allem im Bereich der islamischen Doktrinen des Dschihad durch die Aktivitäten dschihadistischer Bewegungen³⁸ und durch die Implementierung des Scharia-Rechts³⁹ in verschiedenen islamischen Ländern.

Weiterhin ist es wichtig, die Definition des politischen Islam durch eine Prozessdimension zu erweitern. Dies dient dazu, die aktive Rolle islamistischer Bewegungen im Kontext einer funktional differenzierten Weltgesellschaft zu erfassen. Auf der einen Seite politisieren islamistische Bewegungen religiöse Inhalte und Symboliken, indem sie diesen einen über die Religion hinausgehenden Bedeutungsinhalt zuweisen.⁴⁰ Auf der anderen Weise religionisieren islamistische Bewegungen das politische System, indem sie politische Prozesse religiös aufladen.⁴¹ Gerade diese Prozessdimension ermöglicht es, den politischen Islam erstens von den islamischen Gelehrten, den Ulama, abzugrenzen, die im Bereich des Religionssystems operieren und nicht primär versuchen, die Politik zu beeinflussen. Zweitens lässt sich der Islamismus damit auch von den zahlreichen salafistischen Bewegungen (vor allem in Ägypten) abgrenzen, da diese nur gering politisiert wurden und sich nach dem Sturz von Mohammed Mursi im Sommer 2013 weitestgehend aus der Politik Ägyptens zurückgezogen haben. Die Stärke einer Einbeziehung der Gesellschaftstheorie der Politik für die Erfassung dieser Prozessdimension des politischen Islam liegt darin, Semantiken und die darin formulierten Politisierungen bzw. Religionisierungen erfassen zu können und gleichzeitig den Wandel der Struktur islamistischer Bewegungen während ihrer Teilnahme am weltpolitischen System analysieren zu können. Dies wurde ausführlich anhand der Fallanalysen exemplifiziert.

Der *letzte* Schritt der Ausarbeitung einer empirisch gesättigten Definition liegt in der Identifikation eines Spektrums islamistischer Bewegungen. Sowohl die Geschichte islamistischer Bewegungen als auch die Ergebnisse dieser Studie zeigen deutlich die Vielfalt der Vorgehensweise einzelner Bewegungen auf. Während die frühe Muslimbruderschaft im sogenannten zivilgesellschaftlichen Bereich des Gesundheitswesens und der religiösen Erziehung aktiv war und erst

37 Vgl. B. Milton-Edwards: *Islamic Fundamentalism since 1945*, S. 11-30; A. Black: *The History of Islamic Political Thought*; B. Tibi: *Der wahre Imam* und W.M. Watt: *Islamic Political Thought*.

38 Vgl. D. Cook: „Islamism and Jihadism“.

39 Vgl. J. Kelsay: „Islamist Movements and Shari'a Reasoning“.

40 Vgl. B. Tibi: *Violence and Religious Fundamentalism in Political Islam*, S. 17 und 45.

41 Vgl. B. Tibi: „Political Islam as a Forum of Religious Fundamentalism and the Religionisation of Politics“, S. 93.

in den 1930er Jahren einen militanten Flügel ausbildete, zeichnete sich die al-Qaida von Beginn an durch terroristische Aktivitäten aus. Um unangebrachte Reduktionen islamistischer Bewegungen auf rein gewaltfreie bzw. gewaltsame Vorgehensweisen zu unterbinden, ist es angebracht, ein zweipoliges Aktivitätsspektrum anzunehmen. Der eine Pol des Aktivitätsspektrums bezeichnet dabei eine institutionelle und nicht-militante Vorgehensweise (institutioneller politischer Islam), während der andere Pol die militante und gewaltbereite Durchsetzung politischer Ziele kennzeichnet (Dschihadismus/ dschihadistischer politischer Islam).⁴² Diese beiden Pole dienen dazu, sowohl einzelne islamistische Bewegungen bezüglich ihres Aktivitätsspektrums voneinander unterscheiden zu können, als auch eine differenzierte Charakterisierung einzelner Strömungen innerhalb einer Bewegung vorzunehmen zu können.

Zusammengefasst besteht eine Definition des politischen Islam darin, zunächst diejenigen Bereiche der islamischen Zivilisationsgeschichte und diejenigen Doktrinen der sunnitischen Theologie und Fiqh-Jurisprudenz zu identifizieren, die selektiv von einer islamistischen Bewegung dazu verwendet werden, um politischen Einfluss zu generieren. Auf dieser Basis können die daraufhin ausgebildeten und religiös konnotierten, jedoch politisch ausgerichteten Semantiken, die über unterschiedlich strukturierte und unterschiedliche Mittel einsetzende islamistische Bewegungen in den politischen Prozess eingebracht werden, herausgearbeitet werden. Dadurch wird es möglich, die komplexen Wechselspiele von islamistischer Semantik und struktureller Entwicklung der jeweiligen Bewegung und des von ihr beeinflussten politischen Systems zu analysieren. Eine derartig angelegte Definition kann nicht nur auf unterschiedliche Bewegungen in zahlreichen Weltreligionen mit einem signifikanten muslimischen Bevölkerungsanteil angewendet werden, sondern ist aufgrund ihrer gesellschaftstheoretischen Fundierung auch dazu geeignet, über die zu einseitige Debatte um den sogenannten *Post-Islamismus*⁴³ hinauszugehen. Es soll an dieser Stelle abschließend dafür plädiert werden, den Begriff des Post-Islamismus aufzugeben. Es ist der empirischen Vielfalt des sunnitischen politischen Islam sehr viel angemessener, eine komplexe Begriffsdefinition für jede einzelne untersuchte Bewegung anzustreben, als das Ende des Islamismus auszurufen – und das nur, weil der islamisti-

42 Diese Unterscheidung zweier Extrempole beruht auf den Überlegungen von: B. Tibi: „Islamism and Democracy“ und Ders.: Violence and Religious Fundamentalism in Political Islam.

43 Vgl. die jüngste Auseinandersetzung mit diesem Begriff bei Y. Aktay: „The ‚Ends‘ of Islamism“.

sche Diskurs der 1970er und 1980er Jahre⁴⁴ durch die gegenwärtigen Bewegungen kaum noch weitergeführt wird und sich entsprechend neue Semantiken und Strukturen ausgebildet haben. Letztlich trägt die Nutzung der luhmannschen Gesellschaftstheorie der Politik für eine Definition des politischen Islam auch dazu bei, anderen und einseitigen Begriffsbildungen entgegenzuwirken. Dies gilt insbesondere dann, wenn es aufgrund intensiver, medialer Berichterstattung über militante islamistische Bewegungen, wie derzeitig der Islamische Staat im Irak und in Syrien, wieder zu einer öffentlichen Gleichsetzung von Islamismus und Gewaltanwendung bzw. Terrorismus kommen sollte.

8.5 QUO VADIS, POLITISCHER ISLAM? QUO VADIS, SYSTEMTHEORIE DER POLITIK?

Diese politiktheoretische Untersuchung dreier relevanter Bewegungen des sunnischen politischen Islam setzte zu einem Zeitpunkt ein, als die Dominanz des sicherheitspolitischen Paradigmas ihrer Erforschung abklang und die verschiedenen Plädoyers für eine Untersuchung ihrer politisch-institutionellen Teilhabe und der dadurch in Gang gesetzten organisatorischen und semantischen Veränderungen weiter zunahmen und schlussendlich auch Gehör fanden. Im Laufe der Durchführung dieses Promotionsprojekts sollten die politischen Verwerfungen des sogenannten ‚Arabischen Frühlings‘ zu einem Testfall für beide Forschungsstränge – die sicherheitspolitische und die politisch-institutionelle Analyse des Islamismus – werden. Für diese Arbeit bedeuteten diese Ausgangsbedingungen, eine große Menge an Informationen über die politische Performanz und die vielschichtigen strukturellen und semantischen Veränderungen des politischen Islam zusammenzutragen und analysieren zu können. Seitens der aktuellen Forschungsliteratur bleiben diese größeren Analyse- und Argumentationszusammenhänge besonders aussagekräftig:

Dies ist *erstens* diejenige Forschung, die die Konsequenzen der politischen Beharrungs- und Schließungsmechanismen autoritärer Regime für die Entwicklung islamistischer Bewegungen beleuchtet.⁴⁵ Die weiterhin große Bedeutung dieser Forschung liegt schlicht darin begründet, dass allen positiven Erwartungen zum Trotz der Sturz von jahrzehntelangen Machthabern in Ägypten, Libyen, dem Jemen und Tunesien nicht zu einer umfangreichen politischen Demokrati-

44 Vgl. für diesen Zeitraum den Klassiker von N. Ayubi: Politischer Islam.

45 Dafür steht exemplarisch die Analyse von N.J. Brown: When Victory is not an Option.

sierung und Liberalisierung in der MENA-Region geführt hat. Auch wenn Tunesien einen weitestgehend friedlichen Transformationsprozess vollzogen hat, der dennoch weiterhin innenpolitischen Konfliktstoff zwischen dem islamistischen und dem säkularen Lager in sich birgt, sitzt in Ägypten das Militär wieder ‚fest im Sattel‘ und die Muslimbruderschaft ist (erneut) aus dem politischen Prozess ausgeschlossen worden. Insofern müssen die institutionell partizipierenden Bewegungen des politischen Islam weiterhin vor allem unter den politischen Bedingungen autoritärer Regime operieren.

Zweitens bleibt es auch zukünftig unerlässlich, die Entwicklungen islamistischer Bewegungen vergleichend in den Blick zu nehmen.⁴⁶ Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die sehr viel Wert darauf gelegt hat, die Genese der AKP aus dem islamistischen Milieu der Türkei heraus aufzuzeigen und dabei sowohl Kontinuitäten als auch Brüche identifizieren konnte, weisen diese vor allem als Typus einer sowohl organisatorisch als auch semantisch sehr weit fortgeschrittenen Bewegung des politischen Islam aus. Nicht ohne Grund stellt die AKP daher regelmäßig in Forschungsbeiträgen ein modellhaftes Beispiel für die institutionellen Beziehungen zwischen Politik, Religion und Militär für die MENA-Region dar.⁴⁷

Nichtsdestotrotz ist es in Anbetracht der Expansion dschihadistischer Bewegungen in Nordafrika und der Levante *drittens* zwingend notwendig, Studien zum Verhältnis der beiden Extrempole des sunnitischen politischen Islam, den militant-dschihadistischen und den politisch-institutionellen Spielarten, durchzuführen und sicherheitspolitische Überlegungen nicht zu vernachlässigen.⁴⁸ Denn trotz der großen Bedeutung, der einer terminologisch fundierten Unterscheidung von verschiedenen Typen islamistischer Bewegungen zukommt, um eben einer regelmäßig auftretenden Dominanz von bestimmten Forschungsparadigmen oder verkürzten Darstellungen des Islamismus in den Massenmedien entgegenwirken zu können, dürfen die strukturellen und semantischen Verbindungen zwischen den einzelnen Ausprägungen des politischen Islam nicht übersehen werden. Es bleibt somit eine fordernde und bleibende Aufgabe für das Fach Politikwissenschaft, adäquate Analysen und Begriffe für eine möglichst realistische Einschät-

46 Dafür stehen exemplarisch Kapitel 1 und 8 von C. Rosefsky Wickham: *The Muslim Brotherhood*.

47 Vgl. R. Karadag: „Islam und Politik in der neuen Türkei“, S. 351 und O. Göhsel: „Perceptions of the Turkish Model in Post-Revolutionary Tunisia“.

48 Vgl. dazu exemplarisch das Vorgehen von B. Tibi: *Political Islam, World Politics and Europe*, Kapitel 8 und 9, der in seiner Studie das Wechselverhältnis beider Extrempole des sunnitischen Islamismus beleuchtet.

zung der politischen Performanz islamistischer Bewegungen bereitzustellen. Dies gilt zunächst hinsichtlich der Einschätzung, wie dauerhaft ihre friedliche Teilnahme an politischen Institutionen und Wahlen ist. Zusätzlich bleibt es weiterhin offen, wie stark islamistische Bewegungen Wahlerfolge zum Ausbau der eigenen Machtbasis nutzen, anstatt eine allgemeine Stärkung institutionell gestützter politischer Prozesse voranzutreiben.⁴⁹

Im inhaltlichen und konzeptionellen Wechselspiel mit sowie in Ergänzung zu diesen Forschungssträngen basierte diese Untersuchung auf der Verwendung einer Systemtheorie der Politik im Anschluss an das Lebenswerk von Niklas Luhmann. Die eingangs dafür artikulierten Gründe waren empirischer und theoretischer Natur. Einerseits schien es mehr als adäquat, das transnationale Phänomen des Islamismus, dessen wissenschaftliche Erforschung und massenmediale sowie sicherheitspolitische Beobachtung merklich miteinander verschränkt waren, mit einer Theorie zu analysieren, die aufgrund ihres soziologischen Ursprungs sowohl weltgesellschaftlich als auch autologisch ausgerichtet ist. Andererseits sprachen die innerpolitikwissenschaftlichen Verständigungsversuche um die *Internationale Politische Theorie* sowie um das *Ende der Großen Debatten* insofern Bände, als dass es weiterhin zweckmäßig und gut begründbar bleibt, holistische Theorieansätze zur Analyse von empirischen Phänomenen zu verwenden und damit gewissermaßen gegen den ‚Trend‘ zur Nutzung *Theorien mittlerer Reichweite* zu schwimmen. Nicht nur die detaillierte Herleitung der luhmannschen Gesellschaftstheorie der Politik aus ihrem soziologischen und systemtheoretischen Ursprungs-kontext heraus, sondern auch die intensive und extensive Einbeziehung der Kritik an ihr und derjenigen Arbeiten, die Luhmanns Theorieprojekt posthum fortsetz(t)en, zeigen, dass eine aktuelle Gesellschaftstheorie der Politik den starren systemtheoretischen Bezugsrahmen der 1970er und 1980er verlassen hat.⁵⁰ Sie besitzt somit das Potenzial, besser an den nicht-systemtheoretischen Diskurs der einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen angeschlossen zu werden. Diese Anschlussfähigkeit und der gewinnbringende Nutzen des luhmannschen Theorieprojekts gelten insbesondere aufgrund der vorgeordneten Einbeziehung der islamologischen Methode. Durch das analytische

49 Vgl. B. Tibi: *The Shari'a-State*, S. 155-163, der zur Evaluation der politischen Performanz institutionell agierender islamistischer Bewegungen zwischen den Begriffen *engagement*, d.h. ihrer politischen Einbindung, und *empowerment*, d.h. ihrer uneingeschränkten Machtübernahme, unterscheidet.

50 Vgl. im Kontrast dazu die m. E. überholte Einschätzung von I. Blühdorn: „An Offer One Might Prefer to Refuse“ und die hervorragende Interpretation von H.-G. Moeller: *The Radical Luhmann*.

Instrumentarium des Wechselspiels von strukturellen Arrangements sowie semantischen Variationen wurde die stetige Re-Aktualisierung der Traditionsbestände des sunnitischen Islam herausgearbeitet und sowohl für die Fallanalysen als auch für die abschließenden terminologischen Überlegungen verwendet. Die Verbindung der umfangreichen Gesellschaftstheorie der Politik im Anschluss an Niklas Luhmann mit Bassam Tibis Islamologie zeigen auf exemplarische Weise auf, wie eine moderne, sozialwissenschaftliche Analyse und kritische Evaluation des modernen Islamismus und seiner Auswirkungen auf das weltpolitische System aussehen können, die nicht in dem Dualismus von *Okzident* und *Orient* verhaftet bleiben. Somit ermöglichte es die universalistische Theorieanlage Luhmanns, allgemeine Funktionsprinzipien und Operationsmechanismen des sunnitischen Islamismus unter dem Gesichtspunkt seiner weltgesellschaftlichen Einbettung, oder vor allem seiner weltpolitischen Einbettung, herauszuarbeiten.

Ebenfalls soll nicht unerwähnt bleiben, dass die kommunikationstheoretische und konstruktivistische Grundausrichtung der luhmannschen Theorie Spielraum dafür lässt, die vielfältigen Zuschreibungen, denen Phänomene wie der politische Islam in deutlicher Weise ausgesetzt sind, mitzureflekieren und die Bedeutung von Semantiken für die Entwicklung von Strukturen der Weltpolitik sowie des politischen Islam selbst zu analysieren. Eine Gesellschaftstheorie der Politik ist in dieser Hinsicht den konstruktivistischen und reflexiven Theorieansätzen in der Politischen Theorie und den Theorien der Internationalen Beziehungen zuzuordnen.⁵¹ Es ist aufgezeigt worden, dass die methodologischen Prinzipien der luhmannschen Gesellschaftstheorie über vielfältige Anbindungsmöglichkeiten an die sozialwissenschaftliche Methodenlehre verfügen und schlussendlich auch eine systematisch angelegte, empirische Analyse zentraler Merkmale islamistischer Bewegungen ermöglichten. In dieser Hinsicht hat sich die Nutzung der Gesellschaftstheorie der Politik für eine Fallanalyse gelohnt und viel zu einer empirisch-orientierten Konkretisierung des sehr abstrakt angelegten Theorieapparats von Luhmann beigetragen. An dieser Stelle gilt es jedoch zu betonen, dass es weiter vonnöten bleibt, noch genauere Bezüge zwischen den am Anfang dieses Unterkapitels aufgeführten Forschungsbereichen und den theoretischen und empirischen Erkenntnissen dieser Untersuchung herzustellen. Dies ist notwendig, da der universaltheoretische Anspruch der luhmannschen Gesellschaftstheorie anderen Prinzipien der Theoriebildung folgt, als sie der ‚Standard‘ der sozialwissenschaftlichen Methodologie formuliert.⁵² Diese Tatsache erfordert ein er-

51 Vgl. R. Martinsen: Spurensuche.

52 Vgl. die entsprechenden Ausführungen von H. Astleitner: Theorieentwicklung für SozialwissenschaftlerInnen und K.-D. Opp: Methodologie der Sozialwissenschaften.

höhtes Maß an Übertragungsarbeit der so gewonnenen Forschungsergebnisse, um diese für andere und durchaus gebräuchlichere Ansätze anschlussfähig und nutzbar zu machen. Letztlich lassen sich auch ausreichend Elemente einer Arbeitstechnik der Gesellschaftstheorie der Politik finden, die sowohl im Bereich des Ausbaus der Beobachtung 2. Ordnung liegen als auch die Erfahrungen aus den semantischen Teilanalysen dieser Arbeit weiterführen könnten. Die hier unternommenen Anstrengungen sind also dazu in der Lage, das Projekt einer weiteren ‚Methodisierung‘ der Politischen Theorie zu unterstützen.⁵³ Es sei jedoch davor gewarnt, zu glauben, dass das in diesem Sinne entwickelte Vorgehen einer semantischen und strukturellen Analyse grenzüberschreitender sozialer Phänomene methodisch und theorietechnisch schon so weit vorangeschritten wäre, um als eine eigenständige Lösung der in der Debatte um die *Internationale Politische Theorie* aufgeworfenen Problematiken gelten zu können.⁵⁴ Ein erster gewichtiger Schritt in diese Richtung ist getan, für einen weiteren Ausbau dieses Ansatzes sind jedoch noch weitere methodische Präzisierungen und theoretische Feinjustierungen nötig.

In Bezug auf das Phänomen des politischen Islam scheint sich abschließend eine Entwicklung verfestigt zu haben, die darin besteht, dass seine vielfältigen Bewegungen nicht linear in die Richtung des einen Extrempols, dem militanten Dschihadismus, oder des anderen, der politisch-institutionellen Partizipation, streben.⁵⁵ Vielmehr haben sich gerade im Hinblick auf die ursprünglichen Formierungsprozesse bei der Muslimbruderschaft in den 1930er und 1940er Jahren diese beiden Aspekte des Islamismus sowohl semantisch als auch organisatorisch stark voneinander getrennt weiterentwickelt. Dies soll nicht heißen, dass beide Bereiche keinen Einfluss mehr aufeinander hätten. Überlegungen zu einem Konkurrenzverhältnis beider Pole um ideologischen und politischen Einfluss, neue Mitglieder und Finanzierung bleiben von großer Bedeutung. Die jeweils eingesetzten semantischen Formen und organisatorischen Strukturen jedoch entfalten sich seit den 1980er Jahren (dem Beginn der politischen Partizipation der Muslimbruderschaft und der Entstehung der dschihadistischen Widerstandsnetzwerke im sogenannten afghanischen Dschihad) immer stärker getrennt voneinander. Auch wenn die Muslimbruderschaft derzeit komplett aus der Politik Ägyptens ausgeschlossen ist und es nicht abzuschätzen ist, ob und wie sie sich zukünftig organisieren und ideologisch präsentieren wird, versuchte sie sich von

53 Vgl. H. Zapf: Methoden der Politischen Theorie, S. 11-14.

54 Vgl. die Argumentation von O. Kessler: „Internationale Politische Theorie“.

55 Vgl. noch einmal die Argumentation von B. Tibi: Political Islam, World Politics and Europe, Kapitel 8 und 9.

2011 bis 2013 weitestgehend als eine ‚normale‘ Partei mit einem modernen, islamisch geprägten Wahlprogramm zu etablieren und war bereit, die Regierungsgeschäfte Ägyptens zu übernehmen. Unabhängig von der in dieser Arbeit formulierten Kritik an ihrer politischen Performanz war diese Entwicklung nicht mehr mit der Ablehnung moderner Parteipolitik bei al-Banna und Qutb zu vergleichen. Die al-Qaida dagegen hat zwar mit bin Laden ihre dominante und weltweit sichtbare Führungsperson verloren und verfügt derzeit über keine global ausgerichtete politische Ideologie in der Nachfolge des zuvor anvisierten *globalen Dschihad* mehr. Ihr destruktives Erbe eines militanten Widerstandes gegen angebliche nicht-islamische politische Gebilde bleibt jedoch weiterhin virulent. Auch können die durch sie aufgebauten Ausbildungs-, Finanzierungs- und Rekrutierungsnetzwerke in zahlreichen Gebieten fehlender Staatlichkeit und regionaler Gewaltkonflikte allen sicherheitspolitischen Gegenmaßnahmen zum Trotz wieder reaktiviert und erneuert werden. Für die türkische AKP bedeuten diese Entwicklungen im sunnitischen politischen Islam, dass ihr als Regierungspartei einer aufstrebenden Regionalmacht der MENA-Region eine ganz besondere Bedeutung und eine ebenso große Verantwortung zukommt. Sie wird es nicht vermeiden können – und ihre selbst- und sendungsbewusste Führungsriege würde es auch kaum ablehnen – weiterhin, im Guten wie im Schlechten, ein wirkmächtiges Beispiel des Verhältnisses von Politik und Religion im politisch-institutionellen wie auch im individuell-privaten Bereich in der MENA-Region darzustellen.

